

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschl. Postbestellgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 31. März 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklametanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 37

## Politische Gedanken eines Gewerkschaftlers

Vor dem Stapellauf des Dampfers „Hindenburg“ schien die Werftarbeiterchaft des Bremer Vulkan auf Einwirkung radikaler Führer hin geneigt, den Stapellauf von Dampfern mit Namen von Kriegslüherern und reaktionären Persönlichkeiten der Kaiserzeit zu verhindern. Es drohte ein Streik auszubrechen. Dann wurde eine Abstimmung unter den Werftarbeitern vorgenommen, die mit geringer Mehrheit entschied, daß dem Stapellauf und der Anwesenheit des Feldmarschalls keine Hindernisse bereitet werden sollten. Was geschah aber? Am Tage des Stapellaufs erschien nicht nur Hindenburg, sondern mit ihm außer einer großen Anzahl von Offizieren auch Ludendorff! Das war eine regelrechte Aberrumpfung der Arbeiterchaft; denn ich bin überzeugt, wenn man gewußt hätte, daß auch Ludendorff kommen würde, dann hätte man den Stapellauf unmöglich gemacht. Das wußten wohl die Macher um Stinnes, deshalb war gar keine Rede von Ludendorff gewesen. Nun heißt es, das nächste Schiff, das vom Stapel läuft, soll „Ludendorff“ heißen.

Aber was Hindenburg recht war, braucht darum Ludendorff nicht billig zu sein. Vor Hindenburg muß jeder — einerseits, welcher politischen Ansicht er bildigt — Achtung haben, denn der Mann hat in der Gefahr, die die Revolution auch für ihn bedeutete, seinen Posten nicht verlassen; er hat das Meer in Ruhe und Ordnung zurückgeführt aus Feindesland. Wer mag sich ausmalen, wie es vielleicht gekommen wäre, wenn regellose, auchlose Sorden über die Grenze zurückgeführt wären? Ludendorff hätte sich bekümmert, daß sich kein Ausbruch der Revolution und tauchte in Schweden wieder auf. Was hat ihn beglückeltes, wenn es nicht das böse Gewissen war? Erst als er merkte, daß die deutsche Revolution nicht so gefährlich war, daß nicht überall Kullottinen errichtet wurden, wie er wohl befürchtet hatte, da kehrte er in sein teures Vaterland zurück und hatte bald wieder das große Wort. Diese Taten wollen wir nicht vergessen.

Daß Stinnes es wagt, in solcher Weise wie bei den Stapellaufen — siehe auch Vorgesicht mit dem Dampfer „Tirpitz“ und einer noch perunglücklicheren Gegendemonstration der Werftarbeiter — und bei anderen Anlässen die Arbeiterchaft zu brüskieren und seinen Willen gegen die ganze Welt zu setzen, ist eine bodenlose Frechheit. Die Leute, die ihn darin noch unterstützen und bestärken, setzen in ihm den starken Mann, der mit seinem Gelde die Puppen schon tanzen lassen wird nach seinem und ihrem Gefallen. Die Herrschaften sehen ihren Weizen blühen. Aber noch ist er nicht reif! Das deutsche Volk hat zwar eine solche Schalsgebild, jedoch wenn es losläßt: siehe November 1918! Die deutsche Arbeiterchaft aber ist in ihrer jetzigen jämmerlichen Herrlichkeit fast nichts anderes wert, als daß ihr ein Starker den Fuß in den Nacken schlägt.

Nach dem Scheitern der Londoner Verhandlungen haben Entente-Truppen rechtsrheinisches Gebiet besetzt. Das bringt doch mit seinen wachsenden „Mareichen“ Soldaten fertig. In ein Land, dem man die Waffen genommen, eindringen und mitten im sogenannten Frieden wehrlose Städte besetzen — welche Feldtaten! Aber freilich, ganz trauf man den verfluchten Vöcher doch nicht, es könnte doch plötzlich ein Millionenbeer wieder aufstehen. Deshalb geht man nur mit möglichst unauffälliger Vorsicht Schritt für Schritt weiter! Das war doch anders, als die Deutschen rund um ihr Land herum einem bis an die Zähne bewaffneten Feinde gegenüberstanden und jeden Fußbreit feindlichen Landes erkämpfen mußten! Weil man jetzt nicht sicher ist, ob das gewalttätige Mittel seinen Zweck erfüllen wird, so greift man wieder einmal zu einem der stärksten Druckmittel, das man zu haben glaubt: man sendet schwarze Truppen in das besetzte Gebiet. Die Angst vor den Marokkanern, Senegalnegern usw. soll die widerpenkigen Deutschen gefügig machen, sich zur Fronarbeit für fremde Kapitalisten bereit zu erklären. Die deutsche Arbeiterchaft will aber weder für den nationalen noch für den internationalen Kapitalismus schuffen! Sie will in freier Selbstbestimmung und gleichberechtigter Mitarbeit helfen an dem Wiederaufbau der niedergeborenen Volks- und Weltwirtschaft — sonst mögen die Kapitalisten ihren Drecks allein machen, wenn sie dazu imstande sind.

Deutsche Arbeiterchaft und Internationale heißt viel Fassung und wenig Erfüllung. Was geschieht denn im Interesse der Völkerverbrüderung von den Sozialisten der Ententeländer? Verzweifelt wenig! Der englische Arbeiterführer Thomas erklärte im Unterhause, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage und deshalb zahlen müsse; die englischen Arbeiter würden ihrer Regierung keine Schwierigkeiten bereiten, sie lebten jedoch die Folgen des jetzigen Vorgehens ab. Ist die letzte Rede wendung alles, was die englische Arbeiterchaft ausbringt zum Besten der leidenden Menschheit? Und die Franzosen? Schwamm drüber! Für was beten wir die Internationale an, wenn sie uns nicht hilft in unrer Not gegenüber dem Ententekapitalismus und „militarismus“, von uns aber starke Solidaritätsakte gegen diese vereinigte Weltmacht verlangt für andre Völkler und Arbeiterchaften (Rußland, Ungarn)? Sollen wir es ebenso machen wie die Arbeiter der andern Länder, die der Internationale wohl angeschlossen sind, in erster Linie aber nationale Interessen vertreten?

Wenn es nach mir ginge, würde eine Deutsche Arbeiterpartei gegründet, die im eigenen Lande mit äußerster Kraft das Wohl der Arbeiterchaft vertritt, einerseits, was für eine Regierung durch die Wahlen ausrunder gebracht wird; selbstverständlich unter Beibehaltung der republikanischen Staatsform bei weitgehender Anwendung sozialistisch-demokratischer Begriffe. Weltumfassende Bedeutung werden die Internationale doch nie erlangen, dazu sind die völklichen Gegensätze viel zu groß. Solange es Menschen gibt, wird es eben möglich sein, die nationalen Leidenschaften auszunutzen. Ich kann mir nicht auf denken, das es eine Zeit geben wird, in der sich z. B. Deutsche und Kollentkotten oder Senegalneger brüderlich umarmen werden.

Seht spielt die Frage der Aburteilung der „Kriegsverbrecher“ wieder eine große Rolle. Bisher hat man sich in Deutschland um diese Sache möglichst herumgedrückt. Den Begriff „Kriegsverbrecher“ kann man sehr weit dehnen. Eigentlich ist jeder Teilnehmer eines Krieges ein Verbrecher, denn er mordet, plündert, raubt und fängt — meistens auf Befehl, vielfach aus Notwehr, mitunter aber auch wohl aus eigenem Antriebe. Wenn man jedoch unter einem Kriegsverbrecher denjenigen versteht, der die Verantwortung trägt für die Einäscherung ganzer Ortschaften, Mißhandlung und Verschleppung der Einwohner, Zerstörung von Kulturgütern, Vernichtung von Bergwerken und Industrien usw., dann liegt kein Anlaß vor, sich gegen die Bestrafung der Verantwortlichen zu wenden. Im Gegenteil hätte besonders die Arbeiterchaft alle Ursache, für die Bestrafung solcher Verbrecher einzutreten. Vielleicht ließen sich dadurch am besten Kriege vermeiden. Denn wenn für jede Schandtat, die im Kriege begangen wird, der betreffende Vornehm- oder Unterführer zur Verantwortung gezogen wird, wenn ihm dafür der Galgen oder das Zuchthaus droht, dann werden die Generale und Staatsmänner nicht mehr so leicht wie bisher zum Kriege treiben. Wenn aber ein Krieg sich durchaus nicht vermeiden ließe, würde jeder Offizier aus gleichem Grunde sich hüten, einen Befehl zu geben, der ihm, wenn die Sache schief geht, schimpfliche Strafe einträgt. Das ist natürlich stets so: dem Unterlegenen wird alle Schuld aufgebürdet! Aber: „Daß Brudern geht um“, sagt Fritz Reuter — oder auf Hochdeutsch: Heute mir, morgen dir. Was uns jetzt betroffen hat, das kann und wird ein andermal die Franzosen, die Engländer treffen! Dann heißt es: Welches Recht für alle — oder lieber keinen Krieg! Das ist ganz lim- und zwecklos Zerförungen vorgenommen wurden, weiß jeder, der im Felde war. Aber nicht nur auf unrer Seite ist das geschehen, sondern ebenso auf jenen der Feinde. Einen Krieg unter Schonung kostbaren Menschenlebens und unter vorrühlicher Umgehung der Wohnstätten und volkswirtschaftlich wertvollen Einrichtungen zu führen, ist schlechterdings unmöglich.

Darum möge man alle Ludendorffer, alle Stinnes und Kronforten zum Galgen verurteilen, uns kann es recht sein! Vielleicht würde es der Menschheit zum Segen gereichen.

G. S.

## Der Güter höchstes . . .

Ja, liebe Kollegen, der Güter höchstes ist das Leben, und dieses, unser höchstes Gut, ist in Gefahr. Langsam, aber sicher müssen wir merken, es geht bergab in allem, außer mit der Verechtung, diese kommt hoch. Es drängt sich uns die Frage auf: Warum? Vor dem geistigen Auge stehen all die Begebenheiten vorüber, die sich im Laufe von na, sagen wir mindestens sieben Jahren abspielten.

Von all den Erklärungen dieser Zeitspanne will ich mir erlauben, nur eine zu erwähnen: die Teuerung. Sie kam, sie blieb und wuchs und wuchs. Und mit der Teuerung kam und wuchs die Unzuliebeheit, die Ausdehnung der Not und . . . die verkehrten Maßnahmen, sie zu unterbinden. Die Frage, warum wurde denn alles teuer, ist wohl aufgelaucht, doch ganz selten bis zum Grund aufgewühlt worden. Der eine machte den andern schuldig für die hohen Preise. Die wahren Ursachen haben nur wenige erforscht, und die sie bekanntgaben, wurden folgeschwiegen.

Zur oberflächlichen Orientierung muß ich bemerken, daß bei jeder Betrachtung und Erörterung volkswirtschaftlicher Probleme die zwei Hauptfaktoren Angebot und Nachfrage: immer als Richtpunkte zu denken haben; läßt man sie außer acht, so geht man falsche Wege. Was mit „Angebot“ und was mit „Nachfrage“ zu bezeichnen ist, bedarf zwar unter Umständen einer genaueren Erklärung, kann aber diesmal ganz kurz erläutert werden. Ich möchte also bitten, unter „Angebot“ Waren und unter „Nachfrage“ Geld zu verstehen. Wollen wir also der Ursache der Teuerung auf die Spur kommen, dann müssen wir das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu ergründen versuchen: Wie war das Verhältnis der beiden Faktoren zueinander, und wie sollte und müßte es sein?

Nun, ein einigermaßen denkender Mensch kann ohne große Gelftesanstrengung herausfinden, daß eben dieses Verhältnis ein ungleiches war und gleichmäßig gemacht werden mußte. Denn der Geldbestand (=Zells) war dem Umlauf (=Zells) an Waren überlegen. (Mir drängt sich wieder das „warum“ auf; doch nur kurz kann ich erklären, daß die Verschaffenheit des jetzigen Geldes dies zuläßt und oft noch fördert.) Mit dieser Feststellung, daß Angebot und Nachfrage ungleich waren, können wir weitere Folgerungen beobachten. Es sind mehrere; doch da ich auf die Teuerung zu sprechen kam, will ich auch nur die für diese in Betracht kommende beleuchten: die Wirkung auf die Preise! Wir haben sie gespürt und spüren sie noch. Sobald Geldbestand und Warenbestand zueinander immer gleich bleiben, ist auch der Preisstand ein stiller. (Im Mißverhältnis vorzuweisen, muß ich eine kleine Erläuterung geben: Die Preise einzelner Waren unterliegen wohl kleinen Schwankungen, weil jeder Preis von unzähligen Faktoren beeinflusst wird, doch der Durchschnittspreis aller Waren bleibt stiller, wenn der Geldbestand dem Warenbestand angepaßt ist. Und das ist zu erreichen!) Wir erleben also daraus: Wenn viel Geld und wenig Ware, dann hohe Preise; umgekehrt natürlich: Wenig Geld und viel Ware, dann niedrige Preise, weil der Geldbedarf immer an den Waren gemessen werden muß.

Nun war aber das Verhältnis kurz nach Beginn des Krieges so, wie zuerst gesagt. Bei Beachtung dieser volkswirtschaftlichen Grundfänge hätte man, um die Preissteigerung zu dämmen, Geld aus dem Verkehr ziehen müssen in dem Maße, daß es mit dem Warenbestand in Einklang zu bringen war. Aber man tat das Gegenteil! Immer neue Massen Papiergeld wurden ausgeben, und die Preise stiegen infolgedessen weiter, weil sie aus natürlichen Gründen steigen mußten. (Wäre das Geldwesen in der Verfassung verankert und die Reichsbank angewiesen gewesen, volkswirtschaftlich zu handeln, dann könnte man sie dafür haßbar machen; doch sie war ja an nichts gebunden und ist dazu noch privatkapitalistisch orientiert.) Daß solche Maßnahmen mit ihren Wirkungen sich nicht nur auf das Gebiet des Preisstandes beschränkten, sondern weiter griffen in das der Währung, des Zinses und natürlich auch in das des Lohnes, sei hier mitbemerkt.

Nach der Revolution da wirkte man weiter. Die Stimmen, die warnten und mit positiven Vorschlägen zur Hand waren, die wollte man nicht hören! Das arbeitende Volk wußte sich nicht anders zu helfen, es verlangte mehr Lohn; um sich die Existenz zu

erhalten. Doch diese Lohnpolitik ließ das Mengen- und Umlaufgesch des Geldes unberücksichtigt, es wurde also im Widerspruch zu wirtschaftlichen Erklärungen und Gesetzen gehandelt.

Aus diesem Gelehte folgt, daß die Anpassung der Löhne und Gehälter weder zu einer Vermehrung der Geldmenge, noch zu einer Vergrößerung ihrer Umlaufgeschwindigkeit führen darf. Darum auch kam das wieder in dem Preisstande zum Ausdruck; die Preise stiegen. Das wiederholte sich oftmals und jedesmal wurde der Abstand zwischen Lohn und Preis größer. Wir können ihn nicht einholen, er vergrößert sich bei jeder derartigen Lohnerhöhung.

Seht! Ist es von einigen eingegeben worden, daß wir so nicht nach bzw. weiterkommen. Und nun verlangt man... Preisabbau. In die, die das verlangen, richte ich die Bitte, sich einmal klar darüber zu werden, was in volkswirtschaftlicher Hinsicht für Folgen daraus entstehen. Ich bin der Ansicht und verleihe diese auch: Wir wollen keinen allgemeinen Preisabbau, auch keine immer weiter steigende Preise. Sondern wir brauchen einen festen Preisstand!

Kollegen, es klingt vielleicht unverständlich für manchen, daß ein Arbeiter gegen den allgemeinen Preisabbau sein kann, doch wer die Gelehte von Ursache und Wirkung für diesen Zweck eingehend betrachtet, der wird mir beistimmen müssen. (Wenn der Wirtschaftler recht haben würde, müßten mit bedeutenden Übergewinnen arbeitende Unternehmungen ihre Arbeiter und Angestellten entsprechend übermäßig entlohnen. Eine Schokoladenfabrik z. B. die 60 Proz. Müllende verfertigt, müßte um 50 Proz. höhere Löhne bezahlen als die Isologen normal verdienenden. Wo aber gibt es Vergleichen? Das wäre auch ein Beitrag zum Gelehte von Ursache und Wirkung, wenn gleich es volkswirtschaftlich verwerfliche Profitmacherei sein würde! Red.) Also, Kollegen, überlegen wir uns, welchen Weg wir gehen müssen. Wir leben, es nutzt uns die Lohnerhöhung aus dem Grunde nichts, weil sie mit diesen bisherigen Mitteln nie so gehalten werden kann, daß sie keine Verdrängung des ganzen Wirtschaftsverhältnisses verursacht. Die Löhne müssen aber mit den Preisen in Einklang gebracht werden, damit wir unser Leben erhalten können. Das zu erreichen, ist Machtsfrage. Ich meinerseits lebe in den Gewerkschaften sehr noch die Macht. Sie müssen sie aber zur Geltung bringen durch Maßnahmen, die alle Mitglieder betreffen können.

Darum richte ich an alle Gewerkschaftsführer die Frage: Ist es möglich, den Durchschnittspreis aller Waren und den Durchschnittslohn zu ermitteln? Wenn ja, dann könnt ihr mir Recht verlangen, und zwar nicht mehr, nicht weniger. Der Durchschnittspreis sei unser Durchschnittslohn, und zwar so lange, bis die abgehenden Stellen darauf leben, den Geldbestand dem Warenbestand anzupassen und uns so durch diese Gleichmäßigkeit die gleichbleibende Kaufkraft, den Preis, das Geld, die Löhne, die Güter, die sind die Gewerkschaftsführer mit mir der Annahme, daß das Gelehte durchgesetzt werden kann, dann sofort ans Werk! Jedenfalls aber bitte ich alle, diesen Vorstoß zu prüfen und nicht kaltstellend zu lassen, das geht nicht. Gehandelt muß werden, ob links, ob rechts; leben wollen wir alle! Also auf zur Tat, zur rettenden Tat! Chemnitz. Walter Matthes.

anwesend. Das Referat: „Der Tarif und seine Durchführung“, hatte Kollege Köhne übernommen. Selbiger verlas es in ausführlichem Vortrage, den allen und neuen Tarif vor Augen zu führen. Besonders kritisierte Redner die letzte Teuerungszulage. In der regen Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei einem solch günstigen Zeitpunkt mehr hätte erzielt werden müssen, um den berechtigten Forderungen der Gehilfen Rechnung zu tragen. Kollege Freutel gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß jetzt sämtliche Firmen in Weidau den Tarif anerkannt haben. Der Vorsitzende dankte dem Referenten namens aller Kollegen für den lehrreichen Vortrag.

Berlin. Am 1. April feiern die Seherkollegen Karl Strahmer und Richard Kubnerl, die beide in der Buchdruckerei H. S. Hermann & Co. hier, Beuthstraße 8, seit 50 Jahren 50-jähriges Berufsjubiläum. Kollege Strahmer ist seit 30 Jahren in der Seherei des „Berliner Börsen-Couriers“, der bel. S. Hermann hergestellt wird, beschäftigt, während Kollege Kubnerl erst seit einundvierzig Jahren hier wirkt. Beide Kollegen waren früher lange Jahre als Vertrauensleute tätig. Eine kleine Ehrung der Jubilare findet am 2. April, vormittags 9 Uhr, in der Seherei des „Börsen-Couriers“ statt. Wir wollen hoffen und wünschen, daß es beiden Kollegen vergönnt sein möge, ihren Lebensabend in Ruhe und Freude zu verbringen, um nach langen Kampfsjahren nun auch die Jahre des Friedens zu genießen.

R.-Z. Bonn. Am 27. Februar sagte hier die aus allen Orten außerordentlich stark besuchte erste diesjährige Bezirksversammlung, Bezirksvorsteher Baldus begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und gedachte des dahingelebten großen Arbeiterführers Regien in warmen Worten. Die Verammelten ehrten dessen Gedächtnis in üblicher Weise. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde ein ausgemerkter Kollege aufgenommen, während zwei ältere Kollegen dem Ausschusse verließen. Für den Kasienbericht wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann kam man zum hauptsächlichsten Punkte der Tagesordnung: „Besprechung der tariflichen Lage“. Kollege Baldus las hier in seinem Referat kurz, um eine reichhaltige Diskussion zu ermöglichen. Hiernach machte man denn auch ausgiebigen Gebrauch, und alle Redner sprachen mehr oder weniger ihre große Enttäuschung über das minimale Ergebnis der letzten Tarifauschubstung in stark erregten Worten aus. Von einzelnen wurde aufgefordert, besondere Aktionsfonds zu sammeln nach Beispiel der Prinzipale, besonders derer im hiesigen Kreise. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die aus allen Orten des Bezirks Bonn herbeigelaufenen Bezirksversammlung drückt ihre große Enttäuschung über das Ergebnis der neuesten Tarifauschubstung aus. Sie beauftragt, erklären zu müssen, daß durch eine derartige, jedes soziale Verhältnisses für die geradezu trostlose wirtschaftliche Lage der Gehilfenvermögen lassende Lohnpolitik der Prinzipalvertreter kurz nach dem Abschluß eines auf dem Grundsatze von Treu und Glauben beruhenden Tarifvertrages das Vertrauen zur Tarifgemeinschaft stark erschüttert worden ist.“ Sodann wurde die Wahl des Bezirksvorstehers befaßt, nachdem in der Generalversammlung des Ortsvereins Bonn der gesamte Vorstand per Akklamation wiedergewählt worden war. Den Bericht über das Ergebnis der Sitzung der Finanzkommission zwecks Regelung der Remuneration der Funktionäre hatte Kollege Bächner (Bonn) an Stelle des erkrankten Kollegen Riesel (Uhrweiler) übernommen. Als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung wurde Sönnel a. d. Sieg gewählt. Infolge eines günstigen Kasienbestandes konnten die vollen Fahrkosten entschädigt werden. Einem anwesenden arbeitslosen Kollegen wurden 30 Mk. Ertraunterstützung gewährt.

Braunsberg (Ostpr.). Der hiesige Ortsverein hielt am 26. Februar seine Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht, erstattet von den Vorstehenden Schrade, betrug die Zahl der Mitglieder zu Beginn und am Ende des Geschäftsjahres 15. Die schwierige Lage, in welcher sich die Gehilfenvertreter anlässlich der letzten Tarifauschubstung befanden, wurde nicht verkannt. Obgleich das Ergebnis mit dem Erhofften durchaus nicht in Einklang gebracht werden kann, hielten es die Anwesenden für zweckmäßig, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen. Dem Kassierer Grönke wurde für seine korrekte Kasienführung Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt. Sämtliche Vorstandsmitglieder und auch die Kasienrevisoren wurden einstimmig per Akklamation wiedergewählt. Es wurden noch einige weitere örtliche Angelegenheiten erledigt.

Breslau. Am 8. April leiert unser allberehrter Kollege Paul Bräunlich sein 50-jähriges Verbandsjubiläum. Im Jahre 1852 geboren, trat Kollege Bräunlich im April 1866 in die damals A. Naumannsche Buchdruckerei (heutige Schlesiende Druckereigenossenschaft) als Lehrling ein und wurde am 8. April 1871 Gehilfe. Mit demselben Tage stellte sich auch der Kollege in das damals noch kleine Kassen der Verbandsmitglieder. Auf seiner Wanderbahn konditionierte er in Greifzug, Stutgart und Essen, kehrte dann wieder nach Breslau zurück und ist nun 25 Jahre bei der Firma Wiltz, Woll. Korn tätig, wo er noch in letzterer Richtigkeit den Winkelhaken schwingt. Etwa 15 Jahre war Kollege Bräunlich abwechselnd als Besitzer, Schriftführer und Bibliothekar in Essen wie in Breslau beim Dr.- und Gewandfabrik tätig und verwaltete eine Zeilung von Breslau aus den Bezirk Raibor. Dem Gewandverein „Gutenberg“ gehört der Kollege ebenfalls seit dem Aussern mit kurzer Unterbrechung an und ist als „Mitwirklicher“ immer noch in Form. Mit Gläubigern nicht geteilt, steht der nun bald Sechzigjährige lässlich den ausgetretenen Weg zur Arbeitsstätte dahin. Wir danken dem Kollegen an diesem Ehrenstage für die Treue, die er dem Verband in guten

und bösen Tagen gehalten hat, und wünschen ihm auch weiterhin eine robuste Gesundheit, damit ihm die Sorgen des Alters fernbleiben. Den jungen Kollegen aber rufen wir zu: Nehmt euch den Ältern als Beispiel treuherziger Kollegialität, der das Gebäude des Verbandes hat mit aufbauen helfen zu helfen, in denen es noch schwerer war, Verbandsmitglied zu sein!

Dresden. Die Versammlung am 24. Februar sprach einstimmig ihre Unzufriedenheit aus über das Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig und erklärte, daß es einer Oberrück ähnlich sieht, wenn das Reichsarbeitsministerium einerseits behauptet, daß seit Oktober v. J. eine wesentliche Vertiefung der Lebensbedingungen in dem Maße nicht eingetreten ist, daß eine Bewilligung einer wöchentlichen Teuerungszulage angebracht erachte andere teils aber anerkennt, daß die Notlage der Buchdruckergehilfen eine derartige ist, daß eine weitere Hilfe als erforderlich angesehen werden müsse. Die Gehilfenschaft sieht hierin die größte Möglichkeit ihrer nur zu berechtigten Forderungen und spricht auch zugleich aus, daß sie das Vertrauen zum Schlichtungsausschusse wie auch zu den Gehilfenvertretern verloren hat. Die Verammlung war einstimmig der Meinung, daß hinsichtlich auch in den Provinzorten vor Tarifberatungen sich die Gehilfenvertreter mit den Mitgliedern über ihre Wünsche und Anträge sowie sonstigen Forderungen ins Benehmen zu leben haben.

Dresden. Am 1. April ist es zwei Verbandskollegen vergönnt, ihr 50-jähriges Berufsjubiläum zu feiern. Es sind dies unser ehemaliger langjähriger Gewandvorsteher Kollege Heinrich Wendische („Dresdener Volkszeitung“) und der besonders durch seine Liebe zum Gelang bekannte Kollege Richard Fischer, genannt Fischer Karl (Ebenmannsche Buchdruckerei). Da beide Jubilare seit ihrer beendeten Lehrzeit dem Verband angehören, haben die hiesigen Kollegen besondere Veranlassung, sich ihrer Jubilare zu freuen. Möge der sonnige Humor, den beide Jubilare besitzen, ihnen noch recht lange dauern und dazu beitragen, ihren Lebensabend zu würzen! Von einer öffentlichen allgemeinen Feier muß leider, den Verhältnissen Rechnung tragend, abgesehen werden.

Düren (Rhd.). In unserer Monatsversammlung am 26. Februar machte der Vorsitzende auf die Belästigung des Tarifauschusses aufmerksam. Können diese in materieller Hinsicht auch keinen unserer Kollegen betreffen, so sei doch die Regelung unseres Lohnzuschlags eine Brücke der Verständigung mit unsern Prinzipalen geworden. Der Ortsbeitrag wurde von 20 auf 50 Mk. erhöht pro Woche. Ein darauffolgendes Referat unseres zweiten Gewandvorstehenden Köhner über „Gewerkschaftliche Zeilfragen“ fand allgemeinen Beifall. Redner verlas es ausgezeichnet, uns ein Bild über die Weltwirtschaftslage, die Arbeitslosigkeit in Europa, die Sozialisierung, über den Stand des Graphischen Bundes und des Betriebsrätegesetzes zu entwerfen. In der Diskussion wurde von einem Redner beantragt, daß der Gewandrat sich dem Beschlusse der „Mitteldeutschen“, die 19. am Streik nicht beteiligten, Mitglieder anzuschließen, nicht anschließt habe. Die Forderung des 25-jährigen Beifalles „unserer Ortsvereins“ soll mit dem Gesamtsitz verbunden werden.

Gera. Die Versammlung am 7. März beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Ergebnisse der letzten Tarifauschubstung. Der Vorsitzende stellte in kurzen Zügen die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe und kam dann auf den Schiedspruch zu sprechen. Die berechtigten Forderungen der Gehilfen seien an dem Starkein der Prinzipale gescheitert. Die Prinzipale zeigten keinerlei Verständnis für die Notlage der Gehilfenschaft, trotzdem das Buchdruckgewerbe sehr wohl in der Lage sei, auskömmliche Löhne zu zahlen. In der sich anschließenden Aussprache kam der Unwille der Kollegen zum Ausdruck. Die Verbandsleitung und die Gehilfenvertreter hätten die Zeit verpaßt für Erreichung günstiger Löhne. Die Gehilfenschaft kann es nicht verstehen, wie die Schiedsrichter des Reichsarbeitsministeriums zu einem Schiedspruch fähig konnten. Die Verschleppungslust und das Verhalten der Prinzipale sei als eine Verhöhnung den Gehilfen gegenüber anzusehen. Die Prinzipale brauchen sich nicht zu wundern, wenn die Gehilfenschaft aus Not zur Selbsthilfe gezwungen wird. Die Verbandsleitung wird beauftragt, sofort die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um die berechtigten Forderungen in Zukunft mit Nachdruck vertreten zu können. Ein Kollege, der das Mein und Mein nicht untercheiden kann, wurde mit Resten ausgeschlossen. Unter „Verleumdungen“ beglückwünschte der Vorsitzende die Kollegen Max Burkhardt zu seinem 40-jährigen und Fritz Trautmann zu seinem 25-jährigen Verbandsjubiläum. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, bei der bevorstehenden Beiratsausstellung ein wohlwollendes Auge zu haben, damit die im Januar 1921 in Kraft getretene Beiratsstatute von Seiten der Prinzipale auch eingehalten werde.

K.-y. Bezirk Sagen i. W. Am 6. März fand unsere diesjährige Hauptbezirksversammlung statt. Die Verteilung lief, hauptsächlich leitens der Kollegen des Ortsvereins Sagen, sehr zu wünschen übrig. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ gab unser Vorsteher Lorenz das Ergebnis der Beiratswahl zum Tarifschiedsgericht bekannt. Ferner widmete er dem leider zu früh verstorbenen Gewerkschaftsführer Karl Regien einen tiefempfindenden Nachruf. Den Jahresbericht gab ebenfalls Kollege Lorenz. Am Schluß seiner Ausführungen erwähnte er die Kollegen, einige zu sein und die gewerkschaftliche Disziplin zu wahren. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Der sodann folgende Vortrag des Kollegen Lorenz: „Die jüngsten Ereignisse auf tariflichem Gebiet“, entfiel eine lebhaft, aber sachliche Diskussion. Mit dem Ergebnisse der Tarifauschubstung war die Ver-

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Walen. Am 20. Februar fand hier die halbjährliche Bezirksversammlung des Jagtarelles statt, die von 73 Kollegen besucht war. Vertreten waren Walen mit 19, Crailsheim 6, Elmangen 11, Gerabronn 2, Gerlfellen 5, Gmünd 20, Heidenheim 7, Mergentheim 1, Neresheim 1, Popingen 1. Nach Erteilung des Geschäftsberichts durch Kollegen Wenzelburger (Gmünd) gab Kollege Kaiser (Walen) den Kasienbericht. Der bisherige Vorstand wurde wieder- und ein Gmündener Kollege neu gewählt. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete das Referat des Kollegen Klein (Stuttgart) über die Tarifauschubstung. Er entließ die sich seiner Aufgabe in eingehenden Ausführungen meisterhaft; er rügte den starrköpfigen Widerstand der Prinzipale gegen jedwede Bewilligung und motivierte die schließliche Einigung der Parteien durch das vom Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schiedsgericht. Die Debatte eröffnete Kollege Hemmerich (Mergentheim), dem das Erreichte zu wenig erschien (wie allen andern auch), ihm folgte Kollege Schmidt (Walen) mit sehr kommissivisch angehauchten Ausführungen. Dieser verwarf das ganze jetzige System und brach eine Lanze für den Anschluß an Sowjetrußland. Der dritte Redner, Kollege Serler (Heidenheim), verherrlichte die Dreifachleitung des sozialen Organismus als einziges Mittel zur Erreichung besserer Verhältnisse. In seinem Schlusswort, in welchem den drei Diskussionsrednern völlige Aufkündigung wurde, freilich Kollege Klein noch die Beiratsorganisation und deren Notwendigkeit und empfahl ein einiges Zusammenarbeiten innerhalb unseres Verbandes. Als Versammlungsort wurde wieder Walen bestimmt wegen der sehr wieder steigenden Fahrkosten und der Beitrag für den Bezirk pro Mitglied und Jahr auf 2 Mk. erhöht. Mit Worten des Dankes an den Referenten und alle Teilnehmer schloß der Vorsitzende die überaus sachlich verlaufene Versammlung.

Alsfeld (Heine). In der Versammlung am 6. März waren die Kollegen Köhne vom Gewandrat Hannover und Bezirksvorsteher Freutel (Hildesheim) erschienen. Auch waren die Kollegen aus dem benachbarten Gronau

sammlung jedoch nicht zufrieden. Es wurde noch die Gründung einer Bezirkskasse mit einem wöchentlichen Beitrag von 20 Pf ab zweites Quartal beschlossen.

**Sarburg (Eibe).** Eine von 47 Kollegen besuchte außerordentliche Versammlung am 7. März lahte nach längerer Aussprache über die tarifliche Lage mit allen gegen eine Stimme folgende Entschliessung: „Die Sarburger Gehilfen erheben auf das schärfste Einspruch gegen das je längerer Zeit beobachtete destruktive Verhalten der Prinzipale. Sie erwarten von den beteiligten Inhabern der Arbeitnehmern, daß in Zukunft bei Verhandlungen das verheerende, provokatorische Verhalten der Prinzipale mit der nötigen Energie zurückzuweisen ist. Um einer ernstlichen Auseinandersetzung gegenüber gerüstet zu sein, wird erwartet, daß sofort ein Erklärungs- und Verhandlungsamt ausgeschieden wird. Auch bei etwa stehenden Preisen der Unterhaltsmittel ist es für die Lebenshaltung der Buchdrucker unbedingt notwendig, den Abstand zwischen ihren Löhnen und denen anderer Berufe zu beseitigen. Dieser Ausgleich muß unbedingt gefordert werden.“

**Königsberg i. Pr.** Am 1. April sind 50 Jahre verfloßen, da Kollege Louis Anruh sofort nach Beendigung der Zeit dem Verbands beirat. Der Subilar ist noch heute in voller geistiger und körperlicher Frische am Kalten in der „Ostpreussischen Druckerzeitung“ tätig. Die Königsberger Kollegen werden den Ehrentag ihres lieben Anruh am Sonntag, dem 3. April, vormittags 10 Uhr, im „Alten Schützenbaule“ durch eine kleine Fester würdigen.

**Kollbus.** Am 27. Februar tagte hier eine Bezirksdelegiertenkonferenz, die von etwa 45 Kollegen besucht war. Vertreten waren die Druckerei Kollbus, Peiß, Forst, Spremberg, Sorau, Kalau, Belschau, Lübbenau, Lübben, Finsterwalde, Kirchhain, Nauhaue und Senftenberg. Nach Eröffnung der Tagesberichte vertrat sich der Kollege Burk eingehend über die tarifliche und gewerbliche Lage in unserm Gewerbe und die letzten Tarifverhandlungen in Leipzig. Die sich hieran anschließende Diskussion war äußerst reg. Sämtliche Redner gaben ihrem Anwesen Ausdruck über die völlig unzulängliche Wirtschaftsbeihilfe und betonten mit Nachdruck, daß die Nichtberücksichtigung der Kollegen der Klasse A eine himmelschreiende Ungerechtigkeit sei. Um den Prinzipalen in Zukunft für alle Fälle gerüstet gegenüberzutreten, wurde die Schaffung eines Kampflonds angeregt und beschlossen, einen dabingehenden Antrag an den Verbandsvorstand zu richten. Der gedruckt vorliegende und vom Kollegen Urban erläuterte Kassenbericht der Bezirkskasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 4794,57 Mk. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und sodann ein Nachtrag zum Bezirksstatut aufgegeben. Bei der Reichertstellung aus den einzelnen Druckorten wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß die Prinzipale von der Gehilfenschaft wohl die strikte Innehaltung des Tarifs fordern, selber aber nicht danach handeln, z. B. in puncto Gehaltsaufschlagung. Diesem tarifmäßigen Beginn zu weichen, würde die sämtlichen Delegierten für Nichts machen. Zur Regelung des Lohnaufschlags wurde beschlossen, die Bezirksleitung eine allgemeine Schrift zu den in Frage kommenden Tarifkassen zu unternehmen. Um die Gehilfensausbildung und Erleichterung in vollkommener Weise auszubauen, wurde die am Orte bestehende Lehrkassenkommission auf eine breitere Basis gestellt und eine sich auf den ganzen Bezirk erstreckende Lehrkassenkommission gewählt. Die von der Gewerkschaft angestrebte Schaffung eines einheitslichen Wirtschaftsverbandes für die Niederlausitz wurde fallen gelassen, weil durch die in nächster Zeit erfolgende Herausgabe der Besoldungsabrechnung und die Einteilung der Arbeitelöhne in bestimmte Klassen eine Neuordnung geschaffen ist.

**Zabr i. B.** Die Versammlung am 5. März beauftragte sich u. a. auch mit dem Ergebnisse der letzten Tarifausgleichsübung. In scharfen Worten wurde das völlige Fehlen jeden sozialen Empfindens seitens der Unternehmer sowie des vom Reichsarbeitsamt eingehenden Schiedsgerichts verurteilt. Die Annahme des Resultats erfolgte nur aus tatsächlichen Gründen. Den Gehilfenvertretern wurde für ihre Mühe und Arbeit Anerkennung ausgesprochen. Unter dem ganz geringen Entgegenkommen leidet die hiesige Gehilfenschaft um so härter, da hier keinerlei Sonderzulage gewährt und die übergroße Mehrzahl zum blauen Minimum entlohnt wird. Allgemein wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die nächste Tarifausgleichsübung den Kollegen das bringt, was zum Leben unbedingt notwendig ist. Hierzu bedürfte es aber der Einigkeit und Geschlossenheit der Gehilfenschaft.

**Mainz.** Eine reichhaltige Tagesordnung hatte die Bezirksgeneralversammlung am 27. Februar zu ergeben. Einen ehrenvollen Nachruf widmete Bezirksvorsitzender Weirich dem verstorbenen Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Karl Legien, dessen Andenken in üblicher Weise gedehrt wurde. In die Organisationsfragen aufgenommen wurden zehn Kollegen. Gute Fortschritte auf tariflichem Gebiete sind aus unsern neuangelegenen Ortsvereinen Oberstein-Eber zu berichten. Anders steht es in gewerkschaftlicher Hinsicht in Bingen aus, wo drei, schon 19 bis 30 Jahre freigewerkschaftlich organisierte Kollegen auf Grund des § 10 Abs. b des Statuts ausgeschlossen werden mußten. In diesen drei Kollegen wird das bekannte Sprichwort: „Alter kühlt vor Torheit nicht“, zur billigen Wahrheit. Unter dem Punkte „Tarifliches“ erfuhr das Resultat der Leipziger Tagung allseitige Verurteilung, und es wurde erneut die Forderung einer Sonderzulage für das besetzte und Industriegebiet des Kreises III beim Kreisamt gestellt. Der Punkt „Vorstandswahl“ ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes mit Ausnahme des wegen Berufsveränderung auscheidenden zweiten Vorsitzenden.

**Marlenburg.** In der letzten Monatsversammlung, die mit Ausnahme zweier Kollegen vollständig besucht war, wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, aus der die Kollegen Erwin Sonntag als Vorsitzender und Anton Weina als Kassierer hervorgingen. Die tariflichen Verhältnisse sind im großen und ganzen zufriedenstellend. Verschiedene Schriftstücke, die wegen einer im Arge von einer hiesigen Firma eingestellten Arbeiterin an das Tarifamt unternommen wurden und auf Grund der Bemerkungsbestimmungen deren Entlassung forderten, zeigten das Ergebnis, daß das Tarifamt zugunsten der Firma entschied und die Weiterbeschäftigung der Arbeiterin gestattete. Auch über die letzte Tarifausgleichsübung und über die dort aus der Taufe gehobene „Wirtschaftsbeihilfe“ gab es eine lebhafte Aussprache. Die Neuanfassungen, die sich die Gehilfen mit dieser Beihilfe bei heutiger Zeit leisten können, werden ihnen wohl nicht das Herz warm machen. In der Versammlung herrschte die Ansicht vor, daß nur eine Aktion des Gewerkschaftsbundes gegen die maßlosen Verteuerungen den drohenden Konflikt in unserm Gewerbe verhindern könne.

**Memmingen.** Am 13. März fand in Mindelheim die Frühjahrsbezirksversammlung statt, die gut besucht war. Die Lokalzulagsfrage rief eine lebhafte Debatte hervor. Es kam insbesondere zum Ausdruck, daß endlich die Klassen 2<sup>a</sup>, 7<sup>a</sup>, Proz. usw. in Wegfall kommen müßten. Auch wurde verlangt, daß die Lokalzulage derart erhöht werden, daß sämtliche Orte im Bezirk, ihrer Feuerung entsprechend, unbedingt in die sie treffende Klasse eingereiht werden. Auch kam der letzte Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums anlässlich der Tarifabschlussung zur Sprache. Dabei wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Versammlung der Kollegen des Bezirks Memmingen bringt ihre tiefste Enttäuschung über das völlig unzureichende Ergebnis der letzten sogenannten Wirtschaftsbeihilfe zum Ausdruck. Die Nichtberücksichtigung der A-Klasse wird ebenfalls aufs schärfste verurteilt. Die Bezirksversammlung erkennt voll und ganz die Schwierigkeiten an, die sich unsern Gehilfenvertretern bei der Behandlung der ganzen Frage entgegenstellten. Sie protestiert aber in erster Linie gegen das ganz unsoziale Verhalten des Reichsarbeitsministeriums und fordert die Gehilfensvertreter, denen sie zugleich das vollste Vertrauen ausspricht, auf, bei einer eventuellen neuen Lohnbewegung eine neuerliche Nichtberücksichtigung der A-Klasse unbedingt abzuwehren.“ Ferner wurde auch die Abhaltung einer Bezirksjahrestagung beschlossen, die in Mindelheim stattfinden soll. Unter „Verschiedenes“ kam u. a. die Lehrkassenhaltung verlorener Druckereien und die Lehrkassenabteilung zur regen Aussprache. Als Ort der Herbstversammlung wurde Memmingen bestimmt.

**Münster.** Am 5. Februar fand unsere nur mäßig besuchte Generalversammlung statt. Ein ausgeleierter Kollege wurde aus der Lehrkassenabteilung in den Verband aufgenommen. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Kollegen und speziell die Vertrauensleute sich dem Tarif etwas genauer ansehen müßten, um unzulässige Schiedsberichte zu vermeiden. Der Kassenbericht zeigte einen guten Verlauf, und es wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Der gesamte Vorstand wurde mit Ausnahme des ersten Vizepräsidenten wiedergewählt. Einige örtliche Angelegenheiten beschloß die anwesende Vorstandsvollversammlung. — Die am 27. Februar am Vorort abgehaltene Bezirksversammlung erlebte sich eines guten Besuchs. Eingeleitet wurde sie durch einen vorzüglich vorgetragenen Chor des Ortsvereins „Enpographia“. Bezirksvorsitzender Meister gedachte in ehrenvollen Worten des verdienten Kollegen Reichsleiters Legien und eines verstorbenen Kollegen. Die Versammlung ehrte deren Andenken in üblicher Weise. Zwei junge Kollegen wurden in die Organisation aufgenommen. Die Kreisratschuldigung zu den Bezirksversammlungen rief eine rege Debatte hervor, und mit großer Mehrheit wurde eine Erhöhung des Bezirksbeitrags um 10 Pf. beschlossen, um auch in Zukunft, die volle Fahrt einschlagen zu können. Der vom Vorsitzenden gegebene Bericht über die Kreisratschuldigung in Köln rief allgemein das größte Interesse hervor und der Referent erzielte am Schlusse seiner Ausführungen allseitigen Beifall. Über die „bedeutende“ Wirtschaftsbeihilfe des Reichsarbeitsamtes, für Münster ganze 156 Mk., kam allerorts die größte Unzufriedenheit zum Ausdruck. Es wurde bedauert, daß die Prinzipalität nicht mehr Verständnis für die bedürftige Lage der Gehilfenschaft zeigt. In ausführlicher Weise erörterte der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und wurde vom Kassierer in einzelnen Teilen ergänzt. Die Wahl des Bezirksvorstandes ging glatt vonstatten. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. Leider konnte die Tagesordnung infolge der Kürze der Zeit nicht ganz erledigt werden.

**Osnaabrück.** In unserer Generalversammlung gab Vorsitzender Niemann nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten einen ausführlichen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr innerhalb unseres Ortsvereins. Der Mitgliedsbestand hat sich danach bedeutend erhöht, auch haben die Mitglieder wohl ziemlich an allen Veranstaltungen reges Interesse bekundet. Weiterhin wurde dann die Lokalzulagsfrage behandelt. Man war der Ansicht, daß hier nichts unversucht gelassen werden dürfe, um für Osnaabrück eine Erhöhung des Lokalzulags zu erreichen. Für die Kündigung des Lohntarifs zum 1. April d. J. trat die Versammlung einstimmig ein. Gleichwohl war die Kollegenchaft teils der Ansicht, dem Vorstand umgehend mitzuteilen, daß wir mit einer Erhöhung des Verbandsbeitrags in jeder geforderter Höhe einverstanden seien, um hierdurch die Möglichkeit zu bekommen, auch unsererseits Referenzen anzunehmen. Scharf kritisierte man auch hier wieder das wenig logische Verhalten vieler Prinzipale während der

letzten Tarifausgleichsübung. Eine solche Handlungsweise müsse die Gehilfenschaft nur immer mehr zum Kampfe herausfordern. Innere Geschlossenheit und Einigkeit der Kollegen müsse daher unter allen Umständen erste Bedingung sein. Die Vorstandswahl wurde einstimmig juristisch gestellt.

**Osterwiech a. S.** Unsere Versammlung am 25. Februar befaßte sich in der Hauptsache, nachdem eine Neuaufnahme vollzogen war, mit der „Aussprache über die Wirtschaftsbeihilfe“. Der Vorsitzende stellte kurz die Verhandlungen des Reichsarbeitsamtes und betonte den besonders schwierigen Stand der Gehilfensvertreter, da die Prinzipalität schon mit dem Vorhabe, nichts zu bewilligen, nach Leipzig gekommen sei. In der Aussprache, die sehr erregt war, und in der starke Vorwürfe gegen die Prinzipalität wegen ihrer unsozialen und kritischen Handlungsweise erhoben wurden, kam noch einmal die tarifliche Lage der Gehilfenschaft zum Ausdruck. Besonders scharf kritisiert wurde die nochmalige Stellung der Wirtschaftsbeihilfe und die völlige Nichtberücksichtigung der Klasse A. Nicht zu verwundern sei daher, wenn zu dristlichem Vorgehen geiffen würde, denn die Prinzipalität fordere ja den Kampf heraus. Auch den Gehilfensvertretern könne der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie sich mit allen hingeworfenen Brocken begnügen, und sich auch diesmal von der Prinzipalität einschüchtern ließen. Dies und die gleichen Momente in der nachfolgenden Resolution stellen ein ebenso anmaßendes wie solches Urteil bar, wofür in verschiedenen Artikeln schon der Nachweis als von uns geführt angesehen werden kann. (Red.) Die Versammlung verlangte daher für die Zukunft eine andre Politik bei den Verhandlungen. Am Schlusse der Aussprache wurde folgende Entschliessung, die dem Verbands- und Gauvorstand übermittelt wird, einstimmig angenommen: „Die heute tagende Versammlung des Ortsvereins Osterwiech a. S. verurteilt aufs schärfste das herausfordernde Verhalten der Prinzipale bei den letzten Verhandlungen. Leider ist aber auch aus den vielen Verhandlungen zu ersehen, daß unsere Vertreter sich letzten Endes stets mit hingeworfenen Brocken begnügen. Dabei reüssiert auch das brisante Verhalten der Prinzipale. Es kann daher unsern Vertretern nicht der Vorwurf erpart werden, daß dieselben zum Teil mit Schuld an unser Verlegenheit sind. Besonders traurig tritt dieser Umstand bei der dauernden Zurücksetzung der Provinzialkollegen hervor. Die große Spannung zwischen Großstadt und Provinz ist absolut nicht zu rechtfertigen, und es ist gar nicht zu verstehen, wie unsere Vertreter sich zu einer abermaligen Zurücksetzung der Provinzialkollegen verstehen konnten. Wir verlangen daher ganz energisch eine andre Politik bei den Verhandlungen und fordern mehr Berücksichtigung der Provinzialkollegen.“

**Pirmasens.** Zu unserer Bezirksgeneralversammlung am 27. Februar am Vorort Pirmasens waren die Kollegen aus Zweibrücken, Saarburg, Waldslohbach und Koblenz erschienen. In dieser konnten wir auch unsern Gauvorsitzer Conradt (Mannheim) begrüßen, der zu verschiedenen Zeit- und Streitfragen Stellung nahm. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten erhellte Vorsitzender Weirich den Jahresbericht und wandte die tariflichen Verhältnisse im Bezirke, bis auf die Druckerei Ermer in Saarburg, zufriedenstellend. Dieser Prinzipal stellt sich in tariflichen Belästigungen äußerst unwillig, zum Nachteil eines Teiles der bei ihm beschäftigten Gehilfen, weshalb diesen vom Gauvorsitzer bestimmte Richtlinien gegeben wurden, sich ihr tarifliches Recht zu sichern. Die Lehrlinge wurden fast alle der Lehrkassenorganisation zugeführt. Anschließend an den Jahresbericht wurde zu den Verhandlungen des Reichsarbeitsamtes Stellung genommen. Das Ergebnis wurde scharf kritisiert. Hier habe die Prinzipalität gezeigt, daß sie die Tarifgemeinschaft nur als ein Ausbeutungsobjekt gegenüber der Gehilfenschaft betrachte. Der Beifall, wonach die Klasse A ganz leer ausgegangen sei, ungerichtet; dergleichen sei die Klausel, wodurch seit November gemachte Zulagen auf die Wirtschaftsbeihilfe in Anrechnung gebracht werden können, zu verwerfen. Ein nicht nachahmenswertes Beispiel haben wir in dieser Beziehung seitens einer größeren Druckerei in Pirmasens zu suchen. Als ein Gegenstück hierzu haben wir zu verzeichnen, daß die Firma G. Soruberger (Waldslohbach) die Wirtschaftsbeihilfe auch den unter Klasse A lebenden Kollegen bewilligte. Der betreffende Prinzipal erklärte, daß er das als eine Ungerechtigkeit betrachte, daß diese Kollegen leer ausgehen sollen. Der Bezirksbeitrag wurde durch Beschluß ab zweites Quartal um 20 Pf. erhöht. Ferner wurde beschlossen, dem Gauvorstand anheimzugeben, einen geeigneten Weg zu finden, den Druckort Saarburg vom Bezirk zu trennen und eventuell an Saarbrücken anzugliedern, da Saarburg zum Saarlande gehört. Bei der Neuwahl wurden Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer per Wahlaktion wiedergewählt; als Vizeführer wurden zwei Kollegen von Zweibrücken gewählt.

**Sonneberg i. Th.** In der ausgedehnten Monatsversammlung am 5. März wurde ein Vortrag über Druckmaschinen gehalten. Hierbei entspann sich eine ergiebige Aussprache, und es wurde der Wunsch laut, in Wäbe eine Druckmaschinenausstellung zu veranstalten. Die „Enpographischen Mitteilungen“ sowie der „Buch- und Stetendrucker“ werden im Ortsvereine gehalten, um das Fortbildungsbedürfnis der Kollegen zu fördern. Unter „Tarifliches“ zeitigte das Thema Wirtschaftsbeihilfe und örtliche Begleiterscheinungen eine lebhafte Aussprache. Der Ortsvereinsvorsitzende wurde deshalb von der Versammlung beauftragt, sofort die nötigen Schritte einzuleiten, damit auch hierorts der Lokalzulagsfrage um ein Beträchtliches erhöht wird. Aus der Mitte der Versammlung heraus fand dann folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 5. März d. J. abgehaltene Monatsversammlung beschloß die in eingehender Weise mit dem letzten vom Reichsarbeitsamt gefällten Schiedsbescheid, bei dem die

Allersklasse A von der Wirklichkeitsbeihilfe ganz ausgeschaltet wurde und die Bewilligung für die anderen Klassen als völlig unzureichend zu betrachten ist. Die Mitgliedschaft legt dagegen schärfsten Protest ein. Die heutige Verlammlung fordert daher, daß seitens der Organisations- und Tarifvereine die erforderlichen Schritte unternommen werden, damit auch die Provinzialkollegen endlich einmal zu ihrem Rechte kommen. Sonnenberg zählt bekanntlich mit zu den teuersten Industriestädten Thüringens und wurde bereits im Monat Februar d. J. vom Reichsernährungsamt in die Gerbitzklasse C verlegt. Demzufolge muß auch der Lokalzuschlag entsprechend erhöht werden.

### Briefkasten

**G. M. in N.** Mein, so schnell geht das nicht. In dieser Nummer ist ein Artikel enthalten, der schon Mitte Januar bei uns einging. Wir müssen doch einmal mit den alten Sachen fertig werden. — **S. P. in M.** Ein nächstes Mal bitten wir, auf besseres Manuskript zu achten. Wenn schon auf die Redaktion keine Rücksicht genommen wird, dann verlangen unsere Leser es doch für ihre Arbeit. — **B. D. in G.** Es empfiehlt sich nicht, die genaue Übersetzung eines Artikels zu nehmen, gegen den man potentiell sein will. Im Umkehrschritte wird das Zurechtfinden dadurch erschwert. Man passe sich vielmehr dem Vortitel in der Übersetzung etwas an; dann ist es leichter, zu untercheiden, was vorausgegangen und was nachfolgt ist. — **S. P. in W.** Nicht der Fallgeheimen Ihres vordem eingehenden Artikels hat zur Beanstandung Anlaß gegeben, sondern die für den genannten Artikel gewählte Form. Die beiden jetzt geanderten kleinen Seiten werden gedruckt. — **J. L. in Mannheim:** Die Inzwischen wohl bemerkt, in Nr. 36. — **Z. G. in W.** Es soll also von einem Bericht abgesehen werden über die Ablehnung des „Offenen Briefes“ der Kommunisten auch dort. Uns ist dessen Annahme nur von den Mitgliedschaften Leipzig und Hildesheim bekannt. — **L. G. in S.** Mitteilungen über „Buchdrucker in öffentlichem Dienste“ bringen wir nur noch in ganz besonderen Fällen; Schöffeln, Geschworene, Stadlvorstände, Stadträte u. ä. fallen demnach weg. — **J. M. in G.** Werden Sie sich an den Berliner Bauvorstand; nach unserer Auffassung ist die Beschäftigung für den Garderobeschneider nicht ersperrlich, zumal in der Regel solche Fälle in die Betriebsversicherung eingegriffen sind. — **J. G. in Düsseldorf:** 1/4 Millionen ist richtig.

### Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsiploßplatz 511.  
Fernprediger: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

### Neue Gegenseitigkeitsverträge

Wir geben bekannt, daß die Gegenseitigkeitsverträge, die zwischen dem Verbande der Deutschen Buchdrucker und den dem Internationalen Buchdruckersekretariat angehörenden Verbänden abgeschlossen wurden, mit sofortiger Wirkung erneuert worden sind. Die allgemeinen Bestimmungen in den Gegenseitigkeitsverträgen sind die gleichen geblieben, dagegen haben sich verchiedentlich die Sätze zum Bezüge der Unternehmungen geändert, die wir nachstehend zur Kenntnis der Mitglieder bringen:

**D. H. P. Lüders' Stromunterbrecher** D. H. P.  
am „Universal“-Bogenanleger; der erste und beste Apparat zur Verhütung des Durchbrennens der Brenns- und Magnetspulen.  
Neues verbessertes Modell! Von jedem Bucher selbst anzubringen!  
Vor Ankauf ähnlicher Konstruktionen wird gewarnt!  
Händlerhändler und Erfinder: D. Lüders, Braunschweig, Goslarische Straße 67.  
Prospekt zu Diensten. 1668

# Kunden-König

Buchdruckerliche Handwerksburschen- und Gesellengeschichte von Moritz Lankesterhorn (Münster), 11 Bogen stark, mit einem Titelbild und acht Witzbildern von Gg. Kresschmar (Leipzig) erscheint Ende April im Verlage des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8.  
Preis broschiert 6 Mark. — Bestelllisten sind ausgegeben.

**Raucher** die mit dieser leuten Leidenschaft befaßt sind, werden durch unser bewährtes „Albin“ bereit. Nachzug zur dreiwöchigen Kur 6 Mk., Nachnahme 45 Pf. (unschädlich). Wirkung garantiert. 1800 Dankbriefchen. Gebrauchsanw. liegt bei. Deusch & Co., Neuhäfen, Pöhlisch 149.

**Zwei Linotypen** für deutsch und französisch per sofort gesucht. S. Priemarts, Mainz.

**B-Typographische** guter Maschinenkäufer und -Pfleger, mit mehrjähriger Praxis (elektrische Winter-Selzung) in dauernde Stellung bei hohem Gehalte gesucht. 1661 „Waldenbüchse Landeszeitung“, Storbach.

**Typographische** (Modell A) für sofort gesucht. „Niederdeutsche Volksstimme“, Sameln a. d. W.

**Typographische** firm in Montage und Reparatur, für Universalmaschinen gesucht. Bewerbungen mit Angabe, wann Eintritt erfolgen kann, an 1652 Schweiger & Nisch, Celle.

**Matrizenbohrer** für Druckliche Matrizenbohrmaschine in Dauerleistung sofort gesucht. 1658 Wilhelm Wörmel, Schiffschifferei, Berlin SW 48, Friedrichstraße 226.

Land	Zum Bezüge von Unternehmung an					
	auf der Stelle	Arbeitslose		Anzahl	Bezugspreis	
		am Ort	außer am Ort			
	sind Beiträge in Solidität zu leisten					
Verein der Buchdrucker u. Schiffschifferei	13/26	75	26	26	450/700	52
Bulgarianer Typographenverband	52	75	26	26	—	52
Türkisch. Typographenverband	26	75	26	26	—	52
Österreichischer Buchdruckerverband	26	75	26	26	—	52
Regionalgruppe (Elaß und Volbringen des Französischen Buchdruckerverbandes)	13/26	52	26	26	450/700	52
Italienischer Buchdruckerverband	52	75	—	—	—	—
Verband der graph. Arbeiter in Jugoslawien	26	52	26	26	450/700	52
Kroatisch. Typographenverein	13/26	—	26	26	520	52
Luzemb. Buchdruckerverein	26	—	26	26	520/700	52
Verein d. Buchdrucker u. Schiffschifferei	13/26	75	26	26	450/700	52
Österreichischer Typographenverband	52	75	52	26	1300	52
Norweg. Zentralverein für Buchdrucker	26	75	26	26	450/700	52
Verb. d. Buchdrucker u. Schiffschifferei	13/26	75	26	26	450/700	52
Buchdrucker in der Republik Polen	13/26	52	26	26	—	52
Schwedischer Typographenverband	26	75	26	26	—	52
Schweizerischer Typographenverband	13/26	52	26	26	450/700	104
Ungar. Buchdrucker- und Verlegerverband	13	52	26	26	520	52
	26	320	52	52	780	260

Wo in der Tabelle zwei Sätze angegeben sind, entsprechen sie den deutschen Bestimmungen.  
Zugriffspreis wird in den Niederlanden, in der Schweiz und in Ungarn nur dann gewährt, wenn unmittelbar vor dem Falle mindestens 52 Beiträge in dem betreffenden Lande geleistet wurden. Die gleiche Bestimmung gilt auch für die Mitglieder der betreffenden Verbände in Deutschland.  
Die niedrigen Sätze sind bei den ungarischen Mitgliedern gelten für die Kollegen, die binnen 26 Wochen nach dem Auslernen, die höheren Sätze für die Mitglieder, die später beitreten. Für Mitglieder, die vor dem 1. Mai 1889 beigetreten sind, gelten die niedrigen Sätze.  
Der Verbandsvorstand.

**Arbeitslosenunterstützung**  
Kette (Köln). Das Verbandsbuch des Ehrens Kurt Kuppert (Kaschbnummer 97962, ausgehellt vom Gau Oder Nr. 507, geboren in Damerow (Kreis Bitter) 1900, ausgelern in Bitter 1918, ging angeblich auf der Post verloren und wird hierdurch unzulänglich erklärt. Derselbe wurde ein neues (zweites) Buch ausgehellt vom Gau Schleswig-Holstein 2431. Beim Vorlesen des Buches wird gebeten, es dem Verleger abzunehmen und an die Hauptverwaltung einzusenden.

**Adressenveränderungen**  
Bromberg (Pommern) (Polen). (Zeichn.) Vorstandsber: Ernst Mattelech, Boghosjes, Natielska 32 II.

**Beragungs-kalender**  
Berlin. Maschinenvererammlung Sonntag, den 3. April, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Obmlstraße 2.  
Dresden. Korrespondenzvererammlung Sonntag, den 2. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Eisenberg“, Maulschloßstraße 16.  
— Maschinenvererammlung Sonntag, den 3. April, vormittags 10 Uhr, im „Volksklub“ (Saal 2).  
Düsseldorf. Maschinenvererammlung am Sonntag, dem 3. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinsklub, Karlplatz 7.  
Erfurt. Maschinenvererammlung Freitag, den 1. April, abends 8 Uhr, im „Garten Kurier“, Markt.  
Leipzig. Korrespondenzvererammlung Montag, den 11. April, abends 6 1/2 Uhr, in der „Goldenen Gasse“, Dresdner Straße.

### Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker

**Tarifkreis VI (Thüringen)**  
**Bekanntmachung**  
Nach dem Beschlusse der letzten Tarifausschubssitzung (Leipzig) in den Absicht 3 der vorläufigen Regelung der Lokalzuschläge den Sirensämtern die Verpflichtung auftrug, bis zum Schluß dieses Quartals eine Driftliste aufzustellen, die der Kommission für Regelung der Lokalzuschläge als Material überzulegen werden soll. Die Aufstellung dieser Liste soll unter Beachtung der britischen Bestimmungen und unter Vorzug der schriftlichen oder mündlichen Verhandlung mit den Tarifparteien der betreffenden Orte erfolgen. Wenn unter den Parteien örtlich eine Verständigung über einen gemeinam an das Streitsamt zu stellenden Antrag bezüglich des Lokalzuschlages zustande gekommen ist, erübrigt sich das persönliche Erscheinen zur Streitsamtsitzung, doch muß dieser Antrag dem Streitsamte eingehenden bis zum 1. November d. J. einreichen. Kommt eine örtliche Verständigung nicht zustande, dürfte eine persönliche Vertretung der Parteien zur Streitsamtsitzung unerlässlich sein. Die Kosten der Vertretung gehen zu Lasten der Parteien.  
Die Sitzung des Streitsamts für den VI. Tarifkreis (Thüringen) findet am Sonntag, dem 3. April, vormittags 9 Uhr, in Halle a. d. S., Restaurant „Zum Franziskaner“, Ecke Große Märkerstraße und Subasse, Hall, und sind die Parteien hierdurch eingeladen. Die ihm erscheinenden Mitglieder des Streitsamts erhalten nach besondere Einladung durch Unterzeichnete.  
Halle a. d. S., den 23. März 1921.  
Leo Fink, Hugo König, Prinzipalvertreter, Gehilfenvertreter. (Streitsamt-Vertrag.)

**Am liebsten nach Hamburg!**  
**Schriftseker**  
für Anzeigen und Adressen (sirm im Umkreise der Gutsrenten), der sich eventuell am Typographen ausbilden kann, l. u. ch. 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

**Brandenburgischer Maschinensekerverein** Berlin  
Sonntag, den 3. April, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Obmlstraße 2.  
**Quaralvererammlung**  
Tagesordnung: 1. Berichtsstellung; 2. Bildungsverkehr; 3. Die elektrische Selzung an Schwachmaschinen; 4. Neuaufnahmen in Berchidene; 5. Ausgabe der Theaterbillets für das Große Schauspielhaus.  
Williges, pünktliches Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand.  
Junge Schriftsteller  
suchen Verbindung mit Kollegen zwecks gegenseitiger Zusammenarbeit und Austausch von Arbeiten. Stilproben, persönliche Angaben mit Briefporto an Eugen J. Sautler, Biberach-Alb (Württemberg), (670) „App.-Jahrb.“ 91, 97, 98, 99, 1900, 01, 02, „Archiv für Buchd.“ 1885, 86, 1665 „Graph. Beob.“ 1892, 93, 94, 95, 96, geb. sehr gut erb., gibt ab für Angebot C. Ehrlichkeit, Liebfrauen (Dlpr.).  
Junger Kollege (20 Jahre) sucht Reisekameraden durch Süddeutschland.  
M. Clemens, Gera (Reul), Alststraße 21.  
**Maschinenband**  
Friedensqualität, liefert 181  
Begner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.  
**Rotationsmaschinenmesser**  
schärft  
Ludwig Mortensen, Düsseldorf, Jordanstraße 7. 1542  
**Segregale und Kästen**  
sowie Formregale, Segregale, Maßschliche, Malen- und Farbenbränne, Schabreter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager 182  
Begner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.  
Von den während der „Burga“ 1914 herausgegebenen Polikarten mit dem **Verbandsmonument**  
ist noch ein kleiner Vollen zum Preise von 15 Pf. für zwei Sätze (Preis und Zehner) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Sätzen 10 Pf.).  
Gegen Voreinlegung des Betrags auf unter Postcheckkonto, Leipzig Nr. 61323, zu beziehen von  
Geschäftsstelle des „Storr.“  
**Für die Gehilfenprüfung**  
empf. geeignete Fachlehrbücher. Graph. Veri. S. Slegl, München, Katalog 50 Pf.

**Rotationsmaschinenmeister**  
für

## Selbsthilfe in der Krankenversicherung

Fort mit den Karentagen im Krankheitsfall! So viel Kollegen wieder in einer Dezembernummer des „Korr.“ aus. Ich schreibe mich ihm an, sage aber: Fort mit allem Wut, und die geleglichen Mäßlichkeiten, die uns von der Reichsversicherungsordnung schon heute gegeben werden, auch ausgenutzt! Nicht mehr warten, sondern durch die Vertreter der Versicherten in Ausschuss und Vorstand der für uns in Betracht kommenden Kassen umgehend die drei Anträge stellen lassen:

1. Sind die Karentage sofort zu befristigen und ist für alle Krankentage Krankengeld zu zahlen.
2. Sind die baren Leistungen der Kassen möglichst bis zu den heute bereits zugelassenen Höchstgrenzen auszubehnen.
3. Besondere Leistungen, z. B. Familienbeihilfe (Arzt, Arznei, Krankenhausbehandlung für Angehörige), Erweiterung der Heilbehandlung, die sehr wichtig ist für Versicherte zur Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit und Verlängerung ihrer Lebensdauer; ferner erhöhte Beihilfe zu Heilmitteln und Heilmitteln find neu einzuführen bzw. zu erweitern.
4. Bei der Festsetzung des Grundlohns die Höchstgrenze mit 30 Mk. anzunehmen.

In bezug auf die kommende Reform der gesamten Sozialversicherung, die allerdings bis zu ihrer Erledigung noch Jahre auf sich warten läßt, bin ich mit dem Kollegen F. G. (Wiesbaden) („Korr.“ vom 28. Dezember 1920) einverstanden. Es kann nur eine Vollversicherung geben, die alle Zweige der Sozialversicherung, auch die Pensionierung, umfaßt, und alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Beamten, Lehrer, Angestellten, Arbeiter, Künstler usw. einschließlich Familien umfaßt. Alles, was arbeitet also. Freiwillig können Geschäftleute, Arbeitgeber usw. beitreten. Doch das kommt später.

Heute müssen und können wir den erkrankten Kollegen, den Versicherten überhaupt, helfen, wenn wir wollen und die gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kassen und ihrer Mitglieder richtig ausnützen. Längere Krankheit bedeutet für die Versicherten wirtschaftliche Not, Geld, für viele Familien eine Katastrophe, und das ist für die Arbeiter aber die Situation gar zur Unmöglichkeit, gar nicht erholbar.

Die Leistungen der Krankenkasse auch in finanzieller Hinsicht sind unbedingt als Maßstab zu bewerten. Es ist wohl ein Unterschied, wenn ein erkrankter Familienvater weiß, daß seine Familie nicht 12, sondern 21 Mk. Krankengeld und, falls er im Krankheitsfall oder in einer Krankheit ist, nicht 6, sondern 10,50—15 Mk. Hausgeld pro Tag (auch Sonntags) erhält. Der Erkrankte hat dann aber Mühe und Geduld, seine möglichst dauernde Arbeitsfähigkeit durch angemessene und ausgiebige Behandlung wiederherstellen zu lassen, als wenn er weiß, daß zu Hause der Hunger herrscht und aus allen Ecken die Not grunzt, die wir wenigstens etwas unter den heutigen Verhältnissen lindern können. Versicherte, Arbeitgeber, aber auch die Kassen haben dann einen sich später auswirkenden Vorteil, wenn sie dem Erkrankten ein möglichst hohes Krankengeld sichern.

Und die Simulanten? So höre ich ängstliche Gemüter, auch den Kollegen F. G. (Wiesbaden), rufen. Ach, die sind ja gar nicht so zahlreich! Sollen wir darum 100 Familienmitglieder schädigen, weil einmal ein Simulant mit oder ohne Hilfe (unabhängig) eines Arztes die Kassenleistungen zu Unrecht bezieht? Zugunsten der wirklich Kranken lasse man dann einen solchen Gauner einmal mit durchgehen, wenn man ihn nicht bei der Kontrolle packt. Das ist hier wie überall im Leben.

Eins der größten Unrechte ist das Bestehen der Karentage (bis zu drei) bei vielen Kassen. Als langjähriger Vertreter der Versicherten und Vorkonsumist einer größtenteils Ortskrankenkasse, die seit Jahrzehnten diesen lästigen Kopf der Versicherung befreit hat, muß ich dies besonders betonen. Die wirklich Kranken werden durch die drei Karentage schwer geschädigt, und der Kasse ist nicht geboten, denn der Kranke ist dann eben länger krank, um nicht eine halbe Woche Krankengeld (selbst 63 Mk. bei uns) einzubüßen. Mancher Kranke ist mit zwei bis drei Tagen Verzögerung, Schwächen zu Hause oder einigen elektrischen Wädern, Massage usw. zur richtigen Zeit in drei bis vier Tagen kurer, also wieder arbeitsfähig. Er muß nach dem Vorschlage des Kollegen F. G., der leider in vielen Kassen launig ist, aber eine Woche krank bleiben, um volles Krankengeld zu erhalten. Geschädigt ist:

1. der Kranke, denn er hat immer noch Einbuße an Lohn;
2. die Kasse, denn die zahlt unnötig sechs oder sieben Tage Krankengeld;
3. der Verband, der auch mehr Tage wie nötig auszahlen muß;

4. der Arbeitgeber, der einen vielleicht nötig gebrauchten Arbeiter länger entbehrt.

Der Simulant oder Faulpelz aber nimmt mit Monne die launig-gemeine Pflicht, eine Woche krank sein zu müssen (nicht zum Schaden des Arztes, den er einmal mehr belacht!) wahr. Als Kurialtum wäre mitzutragen, daß bei solchen Fällen, wo Vorstand und Ausschuss das Bestehen der Karentage für die Versicherten für gerecht halten, den Angestellten und Beamten laut Vertrag im Erkrankungsfall das volle Gehalt ohne Karentage gezahlt wird. Ist durchaus richtig und berechtigt — aber warum bei den Versicherten nicht?

Nein, Kollege F. G.! Wir haben keine schlechten Erfahrungen mit der Beilegung der Karentage gemacht. Sagen Sie dem Hund den Schwanz nicht stückweise ab, indem Sie raten, nach langen Grillen immer erst einen Karentag zu beilegen. Es ist zum Besten der Kassen und der Kassen eine Maßnahme: sofortige Aufhebung der Karentage, angebracht.

Die zuständigen Oberversicherungsämter werden, wie in vielen Fällen, in Anbetracht der wirtschaftlichen Not der Versicherten, falls die Leistungsfähigkeit der Kasse durch entsprechende Beitragsleistung gegeben ist, ihre Zustimmung geben (nach § 141 RVO.). Ebenso dazu, daß die Kassen (wie wir auch schon länger) statt nur für sechs Tage für sieben Tage Krankengeld und Hausgeld zahlen, also für jeden Kalendertag (§ 191.)

Eine große Ortskrankenkasse zahlte ebenso wie viele Betriebskassen oder viele Innungskassen nur für Arbeits-tage Krankengeld und Hausgeld, zog also in die Woche fallende Festtage dem Kranken noch ab. Sogar der 1. Mai wurde von dieser Kasse im Jahre 1919 nicht als Krankentag bezahlt, da er für dieses Jahr gesetzlicher Feiertag war!

Wir Buchdrucker wunderten uns nur, daß sich die Versicherten all das gefallen lassen, wo sie den Kram doch bezahlen und erhalten müssen. Unser Vorstand wäre bei dem Veruche, derartige Rückständigkeiten zu erlangen oder gar einzuführen, in der ersten Ausschussführung lang- und klinglos begraben worden. Nein, solche Vertreter wählen wir Buchdrucker erst gar nicht!

Noch eins ist von Wichtigkeit: Die Versicherten haben es heute in der Hand, den Beitrag bis zur Höhe von 7 1/2 Proz. (früher 4 1/2 Proz.) allein zu bestimmen, da ein Drittel des Beitrages im Ausnahmefalle von den Versicherten gekürzt werden kann. Die Höhe des Beitrages der Kasse (Kasse, Verband usw.) und Arbeitslohn zu zahlen, als wenn das Krankengeld niedrig, die Differenz also größer ist! Wisse das besonders zu beachten!

Viele Kassen geben auch den Verheirateten ein höheres Krankengeld als den Ledigen (z. B. erstere 70 Proz. — 21 Mk., letztere 60 Proz. — 18 Mk. pro Tag). Diese Abfindung ist zulässig und unter den heutigen Verhältnissen berechtigt.

Zum Schluß kurz folgende Zahlen: Bei einem Beitrage von 6 Proz. — 10,80 Mk. pro Woche gewährt z. B. unsere Kasse in der höchsten Klasse: Krankengeld vom ersten Tage ab in Höhe von 60 Proz. — 18 Mk. für ledige, von 70 Proz. — 21 Mk. an verheiratete Kranke für alle Kalendertage auf die Dauer von 26, 30 oder 52 Wochen, je nach Zahl der Beitragswochen, die auch für Berechnung des Eiergebeldes von 600, 800 oder 1200 Mk. maßgebend sind. Für die Angehörigen gewährt die Kasse auf 13 Wochen freie ärztliche Behandlung und Operationen, wesentliche Zuschüsse bei klinischem Aufenthalt, freies Zahnziehen, Zubehör zur Zahnbehandlung bei Füllungen und Gebissen, ferner die Hälfte der Kosten für Arznei und medizinische Bäder usw.

Der Ausbau der Familienversicherung ist für alle Kassen eine Notwendigkeit. Wir haben da noch nicht die höchstmöglichen Leistungen wegen Mangel an Mitteln erreicht, helfen aber bei Besserung der Verhältnisse die schon an hiesigen Leistungen noch erweitern zu können, zum Besten der Versicherten überhaupt, der Kollegen im besondern.

Es gilt aber heute schon die Möglichkeit der RVO. auszunutzen, bis eine allgemeine Volksversicherung das heutige ungenügende, kostspielige System abtut.

Magdeburg. K. P.

## Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

### Heilbehandlung im Jahre 1919

Das Reichsversicherungsamt hat vor einiger Zeit die Statistik über die Heilbehandlung im Jahre 1919 veröffentlicht. Die Übernahme des Heilverfahrens durch die Landesversicherungsanstalten hatte während des Krieges dadurch eine Einschränkung erfahren, weil die Versicherungsanstalten ihre eigenen Selbstanstalten der Militärverwaltung größtenteils für Lazarettzwecke zur Verfügung stellten. Nach Beendigung des Krieges hat die Zahl der in Heilbehandlung genommenen Versicherten jedoch wieder zugenommen, trotzdem die Landesversicherungsanstalten durch die vielen Kranken- und Invalidenrenten der Kriegsteilnehmer sowie die überaus große Zahl der Waisenrenten ganz erheblich belastet worden sind. Hinzu kommt noch, daß die Anstalten während des Krieges mehr an Kriegsanleihe haben zeichnen müssen, als sie verfügbare Gelder hatten. Zutunobellen steht heute die Sache so, daß die Beitragsentnahmen trotz Erhöhung der Beiträge bei vielen Versicherungsanstalten nur so weit reichen, um die Rentenausgaben und Verwaltungskosten decken zu können. Für das Heilverfahren, worauf übrigens ein klagbares Recht nicht besteht, würde somit nichts übrig bleiben. Das sind für die Zukunft leider sehr trübe Aussichten.

Im Jahre 1919 sind nun insgesamt 163 846 Versicherte mit einem Gesamtkostenaufwande von 47 903 913 Mk. in Heilbehandlung genommen worden. Auf die einzelnen Krankheitsgruppen und Geschlechter verteilen sich diese Zahlen folgendermaßen: 1. Lungen- oder Kehlkopf-tuberkulose; kranke Behandlung 15 568 Männer, 14 179 Frauen; nichtkranke Behandlung 662 Männer, 653 Frauen. 2. Lupus: 107 Männer, 175 Frauen. 3. Knochen- und Gelenktuberkulose: 127 Männer, 131 Frauen. 4. Andere Krankheiten: kranke Behandlung 17 603 Männer, 15 251 Frauen; nichtkranke Behandlung 49 579 Männer, 49 811 Frauen. Unter „Andere Krankheiten“ (kranke Behandlung) fallen wegen Krebskrankheit 61 (10 Männer und 51 Frauen), wegen Geschlechtskrankheiten 7880 (Erripper: 3015 Männer und 1020 Frauen, Syphilis: 2400 Männer und 1445 Frauen), wegen Trunkult bei nichtkranke Behandlung 11 (8 Männer und 3 Frauen); wegen Zahnkrankheiten (Zahn-erlah) 94 540 (46 878 Männer und 47 668 Frauen).

Die Zahl der Heilbehandlungen und demgemäß auch der Kostenaufwand haben hiernach gegen 1918 (114 207 Heilbehandlungen, 28 811 855 Mk. Kostenaufwand) weiter bedeutend zugenommen. Die Zahl der wegen Lungentuberkulose kranke behandelten Männer ist wie in den Jahren 1916 bis 1918 nur wenig größer als die der Frauen, während in den letzten Friedensjahren nur etwa halb soviel Frauen wie Männer behandelt worden waren. Bei den „Andere Krankheiten“ näherte sich die Zahl der kranke behandelten Frauen seit 1917 wieder der der Männer, nachdem sie diese im Jahre 1915 zum erstenmal überstiegen und 1916 mit fast 150 Proz. der Zahl der Männer den Höhepunkt erreicht hatte. Im Jahre 1919 überstieg wieder die Zahl der Männer. Die Zahl der wegen Geschlechtskrankheiten behandelten hat von 1851 Fällen im Jahre 1918 auf 7880 im Berichtsjahre zugenommen. Die Zahl der Heilbehandlungen von Zahnkrankheiten stieg von 60 861 im Jahre 1918 auf 94 540 im Jahre 1919. Die Heilerfolge sind insofern als sehr günstig zu bezeichnen, als von 25 765 Rentgenüberprüfungen, für die 1919 das Heilverfahren abgeschlossen wurde, 21 884 als erwerbsfähig und nur 3881 als invalid entlassen wurden.

In Tages- (Nacht-)Erholungsstätten wurden 1637 Versicherte untergebracht, auf die insgesamt 44 840 Verpflegungs-tage kamen. Der Kostenaufwand betrug hier für 99 379 Mark. Weitere Ausgaben in Höhe von 5 170 769 Mk. machten die Landesversicherungsanstalten 1919 für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung (§ 1274 der RVO.). Zur Bekämpfung der in Folge des Krieges drohenden gesundheitslichen und wirtschaftlichen Schädigungen der Bevölkerung wurden im Berichtsjahre auf Grund des § 1274 der RVO. noch weitere 6 005 159 Mk. ausgegeben. Bis Ende 1919 sind seitens der Versicherungsanstalten für die Kriegswohlfahrtspflege insgesamt 77 527 924 Mk. aufgewendet worden.

Für die Kinderfürsorge wurden 33 282 828 Mk. ausgegeben. Auf die Aufwendungen für Kinder nach § 1274 der RVO. entfallen 24 668 130 Mk. Davon sind für werdende Mütter und Säuglinge in Form von Zuschüssen an Gemeinden, Wohlfahrtsanstalten usw. 5 220 772 Mk. gezahlt. Für erkrankte oder gefährdete größere Kinder sorgen die Versicherungsanstalten teils unmittelbar durch Unterbringung in Heilanstalten usw., teils durch Zuschüsse an Gemeinden und andere Körperlichkeiten, die sich ihrerseits die Fürsorge der Kinder anlegen lassen. Die unmittelbare Fürsorge der Versicherungsanstalten erstreckte sich auf 11 499 Kinder, die mit einem Kostenaufwande von 10 20 566 Mk. in Lungenheilstätten, Krankenbäusern,

Erholungshelmen, Bädern usw. untergebracht wurden. Auf Grund des § 1277 der RVO. sind insgesamt 2089 Empfänger von Renten, unter denen sich 1657 tuberkulose oder tuberkulosebedrohte Kinder befinden, teils in Heilanstalten und Bädern, teils in Waisenhäusern, Kinderheimen usw. untergebracht. Der Kostenaufwand betrug hierfür 856 000 Mk.

Da der Gesundheitszustand der versicherungspflichtigen Bevölkerung durch die lange Dauer des Krieges usw. sich ganz erheblich verschlechtert hat, ist es notwendig, das Selbstverfahren nach der Invalidenversicherung anstatt einzulösen erheblich zu erweitern. Durch eine grundsätzliche Reform der gesamten Versicherungsgehalte muß dafür Sorge getroffen werden. Sich hiermit zu befassen, ist eine der dringenden Aufgaben der Regierung und des Reichstags, wobei es jedoch eines sehr starken Antriebes von unten auf bedarf.

Hamburg. M. Gildenberg.

## Rundschau

Nachahmensewerke Vespiele. In Braunschweig bewilligt die „Volksfreund“-Druckerei ihrem Gesamtpersonal eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 Mk. für Ledige bis zu 21 Jahren, die gleiche Summe den kaufmännischen Angestellten, und den Verheirateten und Ledigen über 21 Jahren den Betrag von 144 Mk. (also unter Anrechnung von 156 Mk. der tariflichen Wirtschaftsbeihilfe). — In Nürnberg gewährte die „Sartungische Zeitung“ und die „Allgemeine Zeitung“ ihren Personalen mit wenig Ausnahmen einen besonderen Wochenlohn. — In Limburg zahlte die Buchdruckerei Moritz Wagner („Limburger Anzeiger“) den Gehilfen neben der tariflich zustehenden Wirtschaftsbeihilfe, die in voller Höhe in einmaliger Rate zur Auszahlung kam, zu Ostern eine besondere Beihilfe von je 75 Mk. und den Lehrlingen je 25 Mk.

Tarifmäßige Stellenvermittlung für schwerkrankenbeschädigte Buchdrucker. Ein Sozialmeister für Schwarzdruck, rüdenmarkierend, suchte Stellung nach Berlin. — Ein Seher, Oberkonditor und Bruckhieb, ausgebildet in Söbner Kunstgewerbeschule als Korrektor oder Skulpturalor, zur Zeit in Siegburg, sucht passende Stellung. — Kriegsbeschädigter (nicht schwer kriegsbeschädigt) Seher, 25 Jahre alt, bisher als Expedient tätig, stenographiekundig, in Entwurf und Selbstbildung von Reklame und Anzeigen bewandert, auch als Lokalberichterstatter verwendbar, sucht Unterkommen. — Desgleichen ein Kriegsbeschädigter, der bisher während zwei Jahren in einem Militär-Bureau tätig war und Stellung wegen Auflösung des Bureaus verloren hat. Lehrt er sucht in Berlin Stellung. Offene Stellen werden an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 46, Friedrichstraße 239, erbeten.

Beachtenswerte Einwendungen gegen die Entlohnung der Neuausgelernten. In der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ wurden in letzter Zeit in ausführlicher Weise allerhand Entscheidungen einzelner Schlichtungsausschüsse und Demobilisierungskommissionen zum Ausdruck gebracht, wonach angeblich die Unternehmer nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 nicht gezwungen seien, die ausstehenden Lehrlinge als Gehilfen weiter zu beschäftigen. In Wirklichkeit liegt aber bekanntlich die Sache so, daß auch die ausstehenden Lehrlinge des Schutzes der betreffenden Verordnung teilhaftig sind und ohne Zustimmung oder Anbörung des zuständigen Betriebsrats oder Betriebsobmanns nicht entlassen werden dürfen. Nur rückständige Innungsmeister oder Kräfte, deren Erfindung scheinbar nur auf einer möglichst weitgehenden Lehrlingsausbeutung beruhen, suchten bisher dieser Verordnung durch allerlei Winkelzüge ein Schnippchen zu schlagen und haben es auf solchen Wegen auch schon fertiggebracht, einige Schlichtungsausschüsse oder Demobilisierungskommissionen vor ihren realistischen Wagen zu spannen. Sie fragen den Teufel danach, was mit den von ihnen bisher als Lehrlinge oft gegen ein erbärmlich niedriges Stofsgeld ausgenutzten neuen Handwerksgehilfen in Zukunft wird. Mögen sie betellen gehen, wenn sie hungrig sind, scheint die Parole dieser „Meister“ zu sein. Im so bedauerlicher ist es daher, daß auch die „Zeitschrift“ in das Horn einer hoch rückständigen Gewerbevorkämpferin und mit einem wahren Biensel alle „Entscheidungen“ sammelt und publiziert, die einer rückständigen Zerföhrung auch der bescheidensten Hoffnungen neuausgelernter Gehilfen Vorkubd leisten. Gegen diese unsozialen Tendenzen wandte sich nun Kollege Schliebs in einer besonderen Zuschrift an die Redaktion der „Zeitschrift“, und zwar unter der Überschrift „Ausbildung von Lehrlingen nach beendeter Lehrzeit“, die in Nr. 12 der „Zeitschrift“ zum Ausdruck kam und nach kurzer Feststellung des Tatbestandes folgende Erwägungen der dringendsten Beachtung im Buchdruckergewerbe empfiehlt:

Zisher war es in unserm Gewerbe üblich, den Ausgelernten auch als Gehilfen in der Buchdruckerei noch weiter zu beschäftigen, weil man so ziemlich allmählich den Standpunkt verlor, daß dies nicht mehr wie recht und billig sei, und weil die Entlassung nach soeben beendeter Lehrzeit für den jungen Gehilfen gemeinlich die Zeit länger Arbeitslosigkeit bedeute; letzteres ist heute noch mehr als früher der Fall.

Die Zahlreiche, daß diese jungen Gehilfen, insbesondere wenn sie Arbeiter oder Stereotypisten sind, von andern Prinzipalen nicht gern übernommen werden, auch wenn sie vom Arbeitsnachweise vermittelt sind, ist unbestreitbar. Die Folge davon ist oft eine längere Arbeitslosigkeit, Veranschlagung der Fertigstellung und schließlich ein allmähliches Herabsinken zu der Menge der minderwertigen Arbeitskräfte. Ich meine deshalb, daß über dem Rechte der Entlassung des Ausgelernten das Interesse des Lehrherrn an dem früheren Zögling und an dessen weiterem Fort-

kommen stehen muß, das dem Lehrherrn auch die Pflicht zur Weiterbeschäftigung des Ausgelernten auferlegt.

Ich lehne mich an dem Zernin der Verdingung einer Menge Lehrkräfte. Ich möchte deshalb in diesem Augenblicke diejenigen Herren Prinzipale, die etwa von den ihnen persönlich zugehörigen Rechte der sofortigen Entlassung der Ausgelernten Gebrauch machen wollten, dringend bitten, über das Recht die Pflicht zu setzen und das zu tun, was die Lage der Ausgelernten in unserm Gewerbe nicht noch weiter vermerkt. Einige Monate der Weiterbeschäftigung in der Buchdruckerei sollten eigentlich jedem Ausgelernten von Rechts wegen garantiert sein!

Enorme Papierpreissteigerung ab 1. April d. J. Wie der „Zeitungsvorlag“ in einer Sondernummer vom 23. März d. J. mitteilt, haben in tagelangen Verhandlungen über die Papierpreisfrage im Reichsarbeitsministerium die Papierfabrikanten die Ansicht vertreten, ab 1. April einen Papierpreis von rund 4 Mk. (bisher 3,05 Mk.) für das Kilo Zeitungspapier verlangen zu müssen. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat infolgedessen zum 30. März eine Allgemeine Zeitungsverlegererklärungsversammlung einberufen und vertritt in keiner diesbezüglichen offiziellen Einladung den Standpunkt, daß kein Verleger in Deutschland in der Lage sei, selbst einen erheblich geringeren Preis für Druckpapier zu zahlen. Und in einer kurzen Sachverhaltsmeldung durch das Wolffsche Telegraphenbureau wird ferner zum Ausdruck gebracht, daß die neue ungeheure Preisforderung für Zeitungspapier weder von der Presse, noch von den Zeitungslesern, noch von den Interessenten getragen werden kann. Eine solche Preissteigerung würde sich unabwendbar in härtester Einschränkung oder gar Stilllegung der Zeitungsbetriebe auswirken. Die Lage sei mit keiner früheren vergleichbar. Es gehe für die Presse um Sein oder Nichtsein. Angesichts der schweren politischen und wirtschaftlichen Folgen für das gesamte öffentliche Leben werde die erwähnte allgemeine Zeitungsverlegererklärungsversammlung so schwerwiegende Vorfälle zu lassen haben wie nie zuvor. Regierungen und Parlamente würden sofort eingreifen müssen, wenn eine sonst unabwendbare Katastrophe verhindert werden soll. So meint der „Zeitungsvorlag“. Wir dagegen glauben nicht sehr zu gehen, wenn wir hinter diesem neuen Raubzuge der Papierfabrikanten die Folgen des Abnehmerkreises für die letzteren ist. Das gibt einen großen Anstoß von bisherigen Profitquellen für die Papierfabrikanten, belastet ihr Produktionskapital und erfordert weitere Schröpfung der bisherigen Kundschaft. Dazu kommt noch die Unterbindung der wilden Papierausfuhr nach dem Ausland und entsprechende Vermeidung der Valutagewinne durch die „Sanktionen“ usw. Einmal, Pfund George und Briand arbeiten sich hier sozialgen hinter den Kulissen in die Hände, und die Arbeiter- und bürgerliche Presse, soweit letztere noch nicht von Stinnes Gnaden ihr Leben fristet, sollen die Zechen bezahlen, damit die Papierfabrikanten, auch letztere bis „schließlich“ gewordene Profite einheimeln können. „So will es der „unglückselige“, Gang der präkapitalistischen Wirtschaftsdrehung!

Beitragserhöhung des Gutenbergbundes. Vom 1. April d. J. ab erhöht der Gutenbergbund den Wochenbeitrag von 4 auf 5 Mk. (ausschließlich der Kreis- und Ortsvereinsbeiträge).

Neuer deutscher Posttarif ab 1. April 1921. Im „Reichsgeheblatt“ Nr. 31 vom 24. März d. J. wird das vom Reichstage beschlossene Gesetz über die Postgebühren veröffentlicht. Es beträgt danach schon ab 1. April d. J. das Porto für:

1. die Postkarte im Ortsverkehr 30 Pf., im Fernverkehr 40 Pf.
2. den Brief im Ortsverkehr bis 20 g 40 Pf., über 20 bis 250 g 60 Pf.; im Fernverkehr bis 20 g 60 Pf., über 20 bis 100 g 80 Pf., über 100 bis 250 g 1,20 Mk.
3. die Buchdruckerkarte 10 Pf.
4. die Buchdruckkarte bis 50 g 15 Pf., über 50 bis 100 g 30 Pf., über 100 bis 250 g 60 Pf., über 250 bis 500 g 80 Pf., über 500 bis 1 kg 1 Mk.
5. das Geschäftsbriefpapier bis 250 g 60 Pf., über 250 bis 500 g 80 Pf., über 500 bis 1 kg 1 Mk.
6. die Warenprobe bis 250 g 60 Pf., über 250 bis 500 g 80 Pf., über 500 bis 1 kg 1 Mk.
7. die aus zusammengepackten Buchdruckerkarten, Buchdruck-Geschäftspapieren und Warenproben bestehende Mißbräute bis 250 g 60 Pf., über 250 bis 500 g 80 Pf., über 500 bis 1 kg 1 Mk.
8. das Päckchen bis 1 kg 1,50 Mk.

Die Sendungen sind vollstän-ig frei zu machen. Nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe verfallen den Empfänger zur Nachzahlung des doppelten Gebühretrags (unter A. frundung auf eine durch 10 teilbare Pfennigsumme). Nicht freigemachte Buchdruckerkarten, Buchdruck-Geschäftspapieren, Warenproben und Mitteilungen werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Gebühretrags erhoben. Nicht oder unzureichend freigemachte Päckchen werden nicht befördert.

Die Postgebühren sind nach der Art und Weise des Gewichtes erhoben. Für die Entfernung wird eine Päckzone (bis 75 km) und eine Fernzone (über 75 km) gebildet. Die Gebühre betragen:

bis 5 kg in der Nahzone 3 Mk., in der Fernzone 4 Mk.
über 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65 70 75 80 85 90 95 100
10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65 70 75 80 85 90 95 100
15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65 70 75 80 85 90 95 100

Pring- und Pakete erst dem dreifachen Gebühre, fernerige Güter einen Zuschlag von 100 Proz. Nicht oder unzureichend freigemachte Pakete werden nicht befördert.

Zeitungspakete bis 5 kg kosten in der Nahzone 1,50 Mk.; nähere Vorkehrungen werden durch die Postordnung getroffen. Für Zeitungspakete wird weder im Fall eines Zerfalls oder einer Beschädigung noch im Fall einer verzögerten Beförderung Entschädigung geleistet.

Die Gebühre für Postanweisungen betragen bis 50 Mk. 50 Pf., über 50 bis 250 Mk. 1 Mk., über 250 bis 500 Mk. 1,50 Mk., über 500 bis 1000 Mk. 2 Mk., über 1000 bis 1500 Mk. 3 Mk., über 1500 bis 2000 Mk. 4 Mk. Die Postanweisungen sind vollständig freizumachen.

Die ab 1. April 1921 in Kraft tretenden Veränderungen triffen erst am 1. Juli 1921 in Kraft. Jedoch werden auch dann noch die jetzt schon bestehenden Zeitungs-, Beleg- und Erlösgebühre über nach dem Gesetz vom 29. April 1920, also nach dem gegenwärtig bestehenden Bedingungen abgewickelt.

Ausstellung im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig. Im „Deutschen Buchgewerbehaus“ (Leipzig) findet zur Zeit eine Ausstellung „Frankfurter Buchkunst und Gebrauchsgeschichte“ (Arbeiten der Buchklasse des bekannten Zuckhüllers Delavilla an der Kunstgewerbeschule zu Frankfurt a. M.) statt. Eintritt von 10 bis 4 Uhr und Sonntags von 11 bis 2 Uhr.

Meisterprüfung. In Königsberg legten die Kollegen U. Becken, D. Krempen und A. Szonn, aus Ederneuförde die Kollegen Friedrich Köplich und Willi Küster vor der Prüfungskommission der zuständigen Handwerkskammern die Meisterprüfung ab.

Unbegreifliche Konkurrenzbilligkeit. Vor kurzem wurde der Druck des amtlichen Bekanntmachungsblatts des Kreises Ruppau, das früher in der Neurrupiner Druckerei und Verlagsbuchhandlung und nach Aufkauf dieser Druckerei durch die „Märkische Zeitung“ in der letzteren hergestellt wurde, ausgeschrieben. Die „Märkische Zeitung“ legte mit einem Unterangebot von 25 000 Mk. gegen 50 000 und 54 000 Mk.!

Frei- und Meinungsfreiheit in Bayern. Nach zuvorigen Feststellungen wurden im vorigen Jahr in München über 400 Bücher hofigiert; bei einem einzelnen Verlag allein 40 Bücher im Herstellungswert von 600 000 Mark, die einfach eingestampft wurden.

Zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit. Der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird vom Reichsarbeitsministerium nunmehr in Kürze dem Reichsrat und Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden. Die dem Gesetzentwurf soll sobald wie möglich ein weiterer Entwurf zur Regelung der Arbeitszeit der Angestellten folgen. Die getrennte Behandlung beider Arbeitergruppen erklärt sich aus den Verpflichtungen, die der deutschen Regierung aus ihrer Teilnahme an der Internationalen Arbeitsorganisation beim Völkervertrag erwachsen und die eine bedeutungsvolle Vorlage des Gesetzentwurfs für gewerbliche Arbeiter erfordern. Die zeitlich getrennte Vorlage der beiden Gesetzesentwürfe hat in Angestelltenkreisen die Befürchtung veranlaßt, daß damit eine Schlechterstellung der Angestellten bei der Regelung der Arbeitszeit beabsichtigt sei. Das Reichsarbeitsministerium legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Befürchtung gänzlich unbegründet ist, und daß die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in gleicher Weise auf der Grundlage des Alliiertenabkommens erfolgen wird wie die Regelung für die gewerblichen Arbeiter.

Sowjetisierung der freien Gewerkschaften durch die Sowjetregierung. Wie die „Konjunktionsgesellschaftliche Korrespondenz“ (Hamburg) berichtet, führt die gegenwärtig russische Regierung gegen die freie Konjunktionsgesellschaftsbewegung einen ebenso brutalen Kampf wie gegen die Gewerkschaften. Erst kürzlich wurden drei Geschäftsleiter des Zentralverbandes russischer Konjunktionsvereine in Moskau zu je 15 Jahren Konzentrationslager verurteilt. Das „Verbrechen“ der drei Verurteilten, „Pöbel“, „Börsen“, „das sie sich hemmten, die Wälder der Entente gegen Russland durch entsprechende Vermittlungen in London zur Aufhebung zu bringen. Als Hauptmaterial zur Anlage dienen verschiedene Zirkulare der Londoner Filiale des „Centrososjus“, die in dem Petrograder Kontor während einer Hausdurchsuchung gefunden wurden. Alle diese Zirkulare sind von dem damaligen Direktor der Londoner Abteilung, Herrn Krassin, sowohl verfaßt als auch unterzeichnet und verhandelt worden; dabei muß bemerkt werden, daß Herr Krassin ein ausgeprägter Anhänger der bolschewistischen Partei ist, und, nachdem die Handelsbevollmächtigten der Sowjetregierung nach London kam, sofort einen Posten bei dieser angenommen hat und zum Direktor der von der Handelsbevollmächtigten errichteten Abteilungsstelle ernannt wurde. Es ist ganz klar, daß in diesen Zirkularen keine konterrevolutionären Direktiven gegeben worden sind. Nichtsdestoweniger ist der ganze Anhalt gegen die alten Gewerkschaftler auf diesen Zirkularen aufgebaut. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Sowjettribunal die früheren Vorstandsmitglieder des „Centrososjus“ verurteilen wollte. Zu diesem Zwecke hat man sie einerseits hundertmal mit einer Reihe anderer, wegen Spekulation angeklagter Personen durcheinander gemischt, d. h., man bemühte sich, das Odium des Spekulantentums gegen Leute, die jahrzehntlang ungenügend und ehrlich ihrem Volke dienen, ins Feld zu führen. Als dieser Versuch sogar in diesem Gerichte kläglich scheiterte, wurde Zucht genommen zu politischen Motiven; es wurde das Schreckgespenst der Konterrevolution, Denikin, Koltschak, Plond George usw. beschworen. In Wirklichkeit besteht die ganze Schuld der drei Männer darin, daß sie in ihrer Person die vorwiegend russische Gewerkschaftsbewegung verkörperten. Das wertvolle Tendenzurteil soll die der Sowjetregierung verhassten Grundzüge der freien Gewerkschaften erstickt und verächtlich machen.

## Verschiedene Eingänge

„Deutscher Buch- und Steinbrucker.“ Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Inhaltsangabe der „Graphischen Feuilletons“; vereinigt mit dem „Journal für Buchdruckerkunst“. Herausgeber: Ernst Böhm in Berlin W 57, Dönhofsplatz 19. Februar 1921. 5. Heft. Preis 0,50 Mk. 27. Jahrgang. Preis vierteljährlich 12,50 Mk., ganzjährig einschließlich des Mitgliedsbeitrages 50 Mk.

„Spezialgraphische Fachblätter.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 2, Februar 1920. „Zugbrüder“. 42. Jahrgang. Bezugspreis für das erste Halbjahr durch alle Buchhandlungen 18 Mk.

„Verfallenes.“ Volkshandbuch des Friedensrats. Von Freiherr v. Ver. Ver. Verlag für Politik und Wirtschaft in Berlin W 33.

„Ein buntes profanistisches Schatzbuch.“ Von Max Coria. Gedichte und Lieder zur vierhundertjährigen Erinnerung an den 1. März 1848. Von Max Coria. Berlin C 2.

„Raffae und Augustin.“ Von Max Coria. Zweite, durchgeführte und vermehrte Auflage. Preis 8 Mk. Verlag F. S. W. Gleichhaff, in Stuttgart.